Gemeinde Marienheide
Der Bürgermeister

Niederschrift

Gremium			
Rat			**39. Sitzung**
Sitzungsort			Sitzungstag
Pädagogisches Zentrum der Gesamtschule, Pestalozzistraße 7			**01.09.2020**
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
25.08.2020		**18:00 Uhr**	**19:09 Uhr**

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Meisenberg, Stefan	Bürgermeister

Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore	CDU
Fuchs, Timo	CDU
Hettich, Michael	CDU
Hillrichs, Birgit	CDU
Jaeger, Carsten	CDU
Jaeger, Victoria	CDU
Kemper, Karl-Wilhelm	CDU
Korthaus, Günther	CDU
Schleicher, Reinhard	CDU
Stötzel, Manfred	CDU
Türkmen, Mehmet	CDU
Wittke, Matthias	CDU

Ratsmitglieder SPD

Kramer, Harald	SPD
Maurer, Holger	SPD
Meckel, Birgit	SPD
Schramm, Markus	SPD
Trifonidis, Gabriele	SPD

Ratsmitglieder UWG

Schellberg, Wolfgang	UWG

Ratsmitglieder Bündnis 2020 Marienheide

Kirkes, Christel	Bündnis 2020 Marienheide
Zander-Wörner, Kirsten	Bündnis 2020 Marienheide

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi	FDP
Rittel, Jürgen	FDP

Ratsmitglieder fraktionslos

Wottrich, Sven	fraktionslos

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter	SPD

Ratsmitglieder UWG

Abstoß, Christian	UWG

Ratsmitglieder fraktionslos

Gumprich, Dieter	fraktionslos

Verwaltung:

Dreiner, Christoph
Garn, Thomas
Kranenberg, Eva
Müller, Volker
Schmereim, Marco
Schorde, Susanne

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben. Er verweist auf die Tischvorlage (verspäteter Antrag der SPD-Fraktion), welcher unter „Mitteilungen und Verschiedenes“, ohne Beschlussfassung, angesprochen wird.

Öffentliche Sitzung:

1	**Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung**	

Michael Schiefer

Frage 1:
Herr Schiefer spricht nochmals seine Frage aus der letzten Ratssitzung am 23.06.2020 an, bei welcher es um den auslaufenden Fahrradstreifen in der Hauptstraße vor dem neuen Kreisel ging. Er hat die verwaltungsseitige Antwort des

Büros Donner + Marenbach erhalten und hat hierzu erneut die Nachfrage, wie die Verkehrsplaner diese Gefahrenstelle für Fahrradfahrer betrachten? Durch die Überquerungshilfe können PKW's nicht genügend Abstand zu den Fahrradfahrern halten bzw. müssen evtl. stark abbremsen.
Herr Schmereim erläutert, dass die Verkehrsexperten die Planung nach den vorgegebenen Richtlinien umsetzen. Die Situation der auslaufenden Fahrradstreifen sei an jedem Kreisel so gegeben.

Frage 2:
Herr Schiefer bezieht sich auf den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vom 12.08. und spricht nochmals den Engpass im Gehweg des Kreisverkehrs Rodt an. Warum hat die Gemeinde kein Vorkaufsrecht ausgeübt, um Flächen für eine ausreichende Erweiterung des Gehweges zu schaffen?
Verwaltungsseitig wird nochmals dargelegt, dass im Zuge eines Eigentümerwechsels die Gemeinde die Teilfläche nicht erwerben bzw. kein Vorkaufsrecht ausüben konnte.

Frage 3:
Ist es Ziel der Gemeinde Marienheide klimaneutral zu werden und wenn ja, wann?
Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass Marienheide derzeit noch nicht klimaneutral sei, der einberufene Klimabeirat Marienheide, welcher nach der Pandemiepause nun wieder regelmäßig tagt, aber die Klimaziele für Marienheide berät und über Möglichkeiten, Ziele und Ergebnisse den Rat und die Öffentlichkeit informiert.

Frage 4:
Er erkundigt sich nach dem heutigen Tagesordnungspunkt zum Thema Glasfaservertrag bzw. Breitband für alle?
Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass dieses Thema in der letzten Ratssitzung am 23.06.2020 auf der Tagesordnung stand. Der Rat der Gemeinde Marienheide hat bei dieser Sitzung beschlossen, keinen Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH vorzunehmen.
Die Dt. Glasfaser möchte eigenverantwortlich den Ausbau vornehmen, allerdings nur, wenn die Quote der Vertragsabschlüsse ausreiche.

<u>Peter Waldmann</u>

Herr Waldmann spricht nochmals das Thema „Bahnhupen“ an und fragt nach, was die Gemeinde Marienheide bisher unternommen habe? Welche Erfolge bisher erzielt werden konnten? Welche Schritte geplant seien? Wie ist der derzeitige Standpunkt der Bahn zu dem Bahnübergang? Welche Informationen hat man von dem geänderten Bahnübergang in Overath erhalten?

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass mit dem zuständigen Ingenieurbüro verschiedene Planungsalternativen beraten worden seien. Der Bahnübergang in Overath, bei welchem derzeit eine Lösung für das Bahnhupen gefunden wurde, sei aber mit dem Bahnübergang in Marienheide nicht vergleichbar.
Die Lösungsansätze des beauftragten Ingenieurbüros werden im öffentlichen Teil in einer der kommenden Sitzungen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vorgestellt. Des Weiteren wird unter dem heutigen Top 7.4. hierzu berichtet.

Helmut Gebske

Frage 1:
Herr Gebske montiert die Datenschutzhinweise bei der Onlinebeantragung des Wahlscheins. In der gelben Wahlscheinantragskarte würde nur lapidar auf den Datenschutz eingegangen und beim Onlinenantrag sei man gezwungen, den 12seitigen Datenschutzhinweis zu lesen. Des Weiteren würde online der Hinweissatz fehlen, dass der Antragsteller die Datenschutzerklärung gelesen habe.
Wie sieht der Bürgermeister diese Aufforderung zur Abgabe einer Falschaussage?

Bürgermeister Meisenberg führt hierzu aus, dass er diese Art der Beantragung nicht als Straftat beurteilt.

Frage 2:
Herr Gebske zitiert aus den Richtlinien für die Sondernutzung und den Allgemeinen Bestimmungen zu Sperrzonen bei der Wahlplakatierung und fragt, warum die beiden platzierten Großplakate am Verkehrskreisel neben der Fa. Rüggeberg nicht zu einer Störung des Verkehrs führen?

Bürgermeister Meisenberg bezieht sich auf den Begriff Sondernutzung und den Inhalt der Richtlinien betreffend öffentlicher Flächen und führt aus, dass die beiden Großplakate (auch Wesselmänner genannt) auf privaten Grundstücken platziert sind.
Herr Gebske fragt nach, ob dies nicht trotzdem eine Gefährdung des Straßenverkehrs sei? Verwaltungsseitig wird dies verneint.

2	**Beanstandung der Niederschrift zu TOP 5 der Ratssitzung am 23.06.2020**	Drucksache Nr. **BV/063/20**

Verwaltungsseitig wird zum besseren Verständnis nochmals eine kurze Erläuterung zum Bauleitplanverfahren abgegeben. RM Zander-Wörner erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag einverstanden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es wird beschlossen, die Niederschrift des Rates zum Tagesordnungspunkt 5, Absatz 2 um folgende Sätze (fett gedruckt) zu ergänzen:

….RM Zander-Wörner teilt hierzu mit, dass Herr Schmitz wegen der Kastanie bereits Kontakt mit Herrn Dreiner aufgenommen habe.
Herr Dreiner führt aus, dass der Antrag betr. „Kastanie“ als Eingabe im Bauleitplanverfahren aufgenommen worden sei und im Verfahren geprüft wird. Planungsziel sei es, die Kastanie zu erhalten.

3	**Bebauungsplan Nr. 39 "Dannenberg", 20. Änderung gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/064/20**

Herr Dreiner erläutert, dass der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 12.08.2020 zur 20. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Dannenberg“ (BV/064/20) gefordert habe, die Baugrenzen etwas weiter zu fassen, sofern weitere Veränderungen geplant sind.
Bei der Bearbeitung der Planung wurde ersichtlich, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans demnach erweitert werden muss. Zusätzlich war eine minimale Anpassung der rückwärtigen Baugrenze auf dem Nachbargrundstück sinnvoll. Das Planungsziel ist unverändert geblieben.
Sie haben per E-Mail den geänderten Übersichtsplan mit Kennzeichnung des neuen räumlichen Geltungsbereiches erhalten, welcher heute Gegenstand des Beschlussvorschlages ist.
Nachfragen stellen sich nicht.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 39 „Dannenberg“ ein 20. vereinfachtes Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB durchzuführen. Ziel der Planung ist die Erweiterung der überbaubaren Grundstücksfläche.	

4	**Bebauungsplan Nr. 46 "Wernscheid-Linge", 5. Änderung gem. § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/067/20**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 46 „Wenscheid-Linge“ ein 5. Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB durchzuführen. Ziel der Planung ist es, die Festsetzung „Garagen“ für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans ersatzlos zu streichen.	

5	**Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet; Mittelbereitstellung und Umsetzungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/084/20**

Herr Schmereim erläutert nochmals die Fristen für die Antragstellung der Fördermittel und die Erhöhung der Förderquoten.

Herr Kramer spricht den heutigen CDU-Antrag zur Förderung der Sportstätten an und regt an, die energetische Sanierung der Beleuchtung auch betreffend der Sportstätten mit aufzugreifen.

Bürgermeister Meisenberg lässt über beide Beschlussvorschläge gemeinsam abstimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat beschließt,

- die erforderlichen Haushaltsmittel für eine energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet sind im Haushaltsjahr 2021 bereit zu stellen.
- das vorgestellte Modernisierungskonzept zur energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet umzusetzen und beauftragt die Verwaltung bis zum 31.12.2020 einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

6	**Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander; Mehrgenerationenhaus "Netzwerk Heilteich"**	Drucksache Nr. **BV/057/20**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung

1. Für die gesamte Laufzeit des „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ (2021 bis 2028) erklärt die Gemeinde Marienheide

   a) das Bekenntnis der Kommune zum Mehrgenerationenhaus „Netzwerk Heilteich“,
   b) dass das Mehrgenerationenhaus „Netzwerk Heilteich“ Bestandteil der kommunalen Aktivitäten zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, sowie
   c) dass das Mehrgenerationenhaus „Netzwerk Heilteich“ Bestandteil der kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ist.

2. An den Caritasverband für den Oberbergischen Kreis e.V. wird für das Mehrgenerationenhauses „Netzwerk Heilteich“ der im Rahmen des „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ erforderliche Kofinanzierungsanteil in Höhe von jährlich 10.000 Euro erbracht werden.

7	**Anträge**	

7.1	**Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2020; Leerstand Ladenlokale**	Drucksache Nr. **AT/065/20**

RM Kramer erläutert für die SPD-Fraktion, dass diese eine schnelle Lösung für den Leerstand der Ladenlokale wünscht und spricht die guten Konzepte in Stadt Altena an.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass die Punkte 1 und 2 bereits durch Verwaltung erledigt seien. Die Punkte 3 bis 5 werden bei der Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes geprüft und bearbeitet.

RM Jaeger führt für die CDU-Fraktion aus, dass diese dem Antrag zustimmen werden.
RM Rittel stimmt ebenfalls für die FDP-Fraktion und führt aus, dass eine Anmietung durch die Gemeinde sicherlich erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Lösung sein könnte.
RM Zander-Wörner führt aus, dass der Ortskern wieder ein Ort des Verweilens werden muss und stimmt ebenfalls für die Fraktion Bündnis 2020 Marienheide zu.
RM Schellberg unterstützt mit der UWG-Fraktion ebenfalls den vorliegenden Antrag.

Bürgermeister Meisenberg lässt über den Beschlussvorschlag zu den Punkten 1 bis 5 abstimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig

1. festzustellen, welche Ladenlokale in Marienheide, insbesondere im Ortskern, leer stehen und wer die Eigentümer/Vermieter sind;

2. zu ermitteln, welche öffentlichen Mittel beantragt werden können, um diesem Leerstand entgegen zu wirken, insbesondere um die Ladenlokale ggf. befristet anzumieten oder die entsprechenden Gebäude zu kaufen;

3. die Voraussetzungen für den Erhalt entsprechender Fördermittel zu schaffen;

4. vorrangig zu prüfen, wie diese Ladenlokale kostengünstig durch die Gemeinde selbst genutzt werden können (Bürgerservice?) und/oder

5. festzustellen, wie sie z.B. örtlichen Vereinen, Gruppierungen, Initiativen oder Künstlern vorrangig kostenlos zur Verfügung gestellt werden können, etwa

durch Vermittlung der oder direkt durch die Gemeinde Marienheide, ggf. befristet.

7.2	**Antrag der CDU-Fraktion vom 20.07.2020; Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten**	Drucksache Nr. **AT/069/20**

RM Jaeger erläutert, dass eine Antragstellung der Fördermittel für 2020 noch möglich sei, um eine 100prozentige Förderung zu erhalten. Bei Antragstellung im Jahr 2021 sei noch eine Förderung in Höhe von 90% möglich. Als Stärkungspaktkommune sollte die Gemeinde von dieser Förderungsmöglichkeit Gebrauch machen.
Alle anwesenden Fraktionen stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Sanierungsbedarf für die Marienheider Sportstätten festzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, noch in 2020 Investitionszuschüsse aus dem Regelprogramm für Städtebauförderung für Investitionen in Marienheider Sportstätten zu beantragen.

7.3	**Antrag der SPD-Fraktion vom 24.07.2020; Bewerbung um Fördergelder aus dem Programm "Moderne Sportstätte 2022"**	Drucksache Nr. **AT/077/20**

Bürgermeister Meisenberg spricht zunächst das ältere Förderprogramm aus 2019 an, bei welchem bereits eine Fördersumme von 300.000 € für Marienheider Vereine bewilligt worden sei.
Dieses Förderprogramm fördert eigene Anlagen der Vereine. Sofern die Fördersumme nicht ausgeschöpft wird, so können auch kommunale Sporteinrichtungen gefördert werden.
Die 4 Marienheider Vereine: Reitverein Bergische Höhen, Tennisclub Rot-Weiß, TV Kotthausen und TV Rodt-Müllenbach haben mit Unterstützung des Kreissportbundes bei der Staatskanzlei den Förderantrag gestellt. Gemeinsam haben sie die Fördersumme von 300.000 € bereits ausgeschöpft, welche voraussichtlich noch in diesem Jahr ausgezahlt wird.

Unter Berücksichtigung dieser Information zieht RM Kramer den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

7.4	**Antrag Bündnis 2020 Marienheide vom 21.07.2020; Bericht über den Stand, Abstellen des Hupsignals der Züge und der RB 25 - Bahnquerung Kahlenbergstraße**	Drucksache Nr. **AT/074/20**

RM Zander-Wörner spricht den Ratsbeschluss aus November 2018 an und möchte, dass dieser Beschluss mit Nachdruck verfolgt wird. Die Verwaltung möge regelmäßig bei der Bahn nachfragen und deutlich machen, dass der Rat eine schnelle Veränderung des Bahnübergangs bzw. das Abstellen des Hupens wünscht.

Bürgermeister Meisenberg erwähnt nochmals, dass in der Vergangenheit zwei Ratsbeschlüsse gefasst worden seien, einmal das Ja zur Schließung des Bahnübergangs und einmal das Nein zur Schließung.
Zwischenzeitlich sei ein Ingenieurbüro für Bahntechnik kontaktiert worden, welches ebenfalls für die Nachbarkommune Overath tätig war.
Das Ingenieurbüro prüft derzeit eine Lösungsvariante, welche beim letzten Ortstermin besprochen worden sei. Im Spätherbst ist mit dem Ergebnis zu rechnen.
Das Ing.-Büro stuft den derzeitigen Stand des Bahnübergangs als sicher ein.

Verwaltungsseitig wurde ebenfalls mit der Nachbarkommune Overath Kontakt aufgenommen. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass dort die Sichtdreiecke anders als in Marienheide gestellt seien und andere Sichtweiten herrschen. Der Standort ist mit Marienheide nicht vergleichbar, so dass die dortige Bahnentscheidung bzw. Veränderung für Marienheide leider nicht anwendbar sei.

Verwaltungsseitig wird gerne regelmäßig über den aktuellen Planungsstand berichtet, ein fester TOP im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss bzw. Rat sei aber nicht notwendig.

RM Jaeger betrachtet für die CDU-Fraktion ebenso keine Notwendigkeit für einen festen Tagesordnungspunkt. Nachfragen an die Verwaltung seien schließlich immer möglich.

RM Rittel äußert für die FDP-Fraktion, dass die Verwaltung erst von der Thematik berichten sollte, wenn es etwas Neues gibt.

RM Kramer (SPD-Fraktion) sowie RM Schellberg (UWG-Fraktion) ist das Vorgehen egal, wünschen aber einen Sachstandsbericht, sobald es etwas Neues gibt.

Bürgermeister Meisenberg bestätigt, dass verwaltungsseitig grundsätzlich eine Berichterstattung über Neuerungen im Planungs- bzw. Sachstand erfolgen wird.

RM Zander-Wörner erklärt sich für ihre Fraktion mit der abschließenden Aussage, ohne Abstimmung über ihren Antrag, einverstanden.

8	**Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 23.06.2020**	Drucksache Nr. **IV/066/20**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Nachfragen stellen sich nicht.

9	**Mitteilungen und Verschiedenes**	

Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2020

Bürgermeister Meisenberg spricht den Antrag der SPD Fraktion (Tischvorlage) an, welcher erst am 01.09.2020 bei der Verwaltung eingegangen sei. Mit diesem Antrag möchte die SPD-Fraktion die Verwaltung beauftragen, einen Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung von 70 auf 50 auf der B256 in Höhe der Kreuzung Rosen- und Eickenstraße (Kalsbach) an die zuständigen Behörden zu leiten.
Bürgermeister Meisenberg weist daraufhin, dass eine Beschlussfassung unter Mitteilung und Verschiedenes nicht möglich sei.
Verschiedene Anträge wurde in der Vergangenheit bereits von der Verwaltung an die zuständigen Behörden gestellt, allerdings ohne Erfolg.
RM Meckel bittet die Verwaltung, einen erneuten Versuch zu starten, da eine Geschwindigkeitsreduzierung in Stülinghausen in jüngster Vergangenheit erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Zuständigkeitsordnung des Rates

RM Schellberg spricht die Zuständigkeitsordnung des Rates aus 2009, zuletzt geändert 2018, an und bezieht sich auf § 7, Abs. 2, Buchstabe l.

…Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss entscheidet über,
…l) Angelegenheiten der Verkehrsplanung, Verkehrslenkung und Verkehrssicherung

Er führt aus, dass das Thema Plakatierung unter die Straßenverkehrsordnung falle.

Er fragt, warum dem sachkundigen Bürger der UWG im letzten Bau-, Planungs- und Umweltausschuss das Wort entzogen sei, als es um die Wahlplakatierung ging?

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass der sachkundige Bürger immer wieder parteipolitische Aussagen gemacht habe, die nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses gehörten. Des Weiteren gelten die Bestimmungen bei der Wahlplakatierung nur für den öffentlichen Raum und nicht für Privatflächen.

RM Schellberg bezieht sich im Wesentlichen auf die „Wortentziehung“.

Bürgermeister Meisenberg äußert, er habe dem sachkundigen Bürger eine Antwort gegeben und erst danach, aufgrund der sachkonformen Äußerungen sei durch den Ausschussvorsitzenden das Wort entzogen worden.

Teichanlage Späinghausen

RM Meckel erkundigt sich nach dem Sachstand betr. Teichanlage Späinghausen? Seit der letzten Besichtigung ist ihrer Meinung nach zur Sicherung der Teichanlage bei Starkregen nichts veranlasst worden.
Verwaltungsseitig wird die Nachfrage im Nachgang schriftlich beantwortet.

Nachtrag nach der Sitzung:
Im Bereich Reppinghausen/Späinghausen/Stülinghausen sollen drei Regenwassereinleitstellen zusammengefasst werden. Hierzu sind Ableitungskanäle zu bauen, welche dann in einem neuen Regenrückhaltebecken unterhalb von Reppinghausen münden. Der Grunderwerb, der für den Bau dieses Beckens erforderlich ist, muss zur Umsetzung von Maßnahmen zwingend noch getätigt werden.
Im Jahr 2019 hat die Gemeinde das Ausbaggern des Teiches unmittelbar hinter der Einleitstelle veranlasst. Hier sind keine weiteren Unterhaltungsmaßnahmen vorgesehen, da die Einleitstelle in Zukunft entfällt.
Der Aggerverband hat zwischenzeitlich ein Niederschlagsabflussmodell für das Einzugsgebiet der Leppe durchgeführt, in dem unter anderem auch diese Maßnahme berücksichtigt ist.
Da der Landesbetrieb NRW Oberflächenwasser von Flächen der B256 dort ebenfalls in das gemeindliche Abwassernetz einleitet, befindet man sich zurzeit noch in Abstimmungsgesprächen.
Im August 2020 hat die Bezirksregierung Köln die Prüfung der immissionsorientierten Anforderungen an der Leppe abgeschlossen, so dass nun mit der Planung der Maßnahmen (Regenrückhaltebecken, Ableitungskanäle) begonnen werden kann. Alle planerischen Schritte finden in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde statt.
Nach Ermittlung des Flächenbedarfs ist der Grundstücksankauf zu tätigen.

Vorsitzender: Schriftführerin:

gez.
Stefan Meisenberg
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde